

DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER ◦ STREBE ◦ ZUM ◦ GANZEN ◦ UND ◦ KANNST ◦ DU ◦ SELBER ◦ KEIN ◦ GANZES ◦ WERDEN
ALS ◦ DIENENDES ◦ GLIED ◦ SCHLIESS ◦ AN ◦ EIN ◦ GANZES ◦ DICH ◦ AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 40

Charlottenburg, Freitag, den 5. Oktober 1906

Jahrg. 33

Sperren.

Vollsperrern in Deutschland: Elsterwerda (Steingutfabrik). Friedrichshagen (Agnes Gladenbeck). Gräfenhain (Weiß, Kühnert & Co.) für Maler. Lauf (Fritz Krug). Margarethenhütte. Neuhalbensleben (Sauer & Koloff, Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Reichenbach. Rosslau. Sorau für Maler. Sörnewitz (Porzellanfabrik). Stöckheim. Wunsiedel. Berlin für Schildermaler.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Ebers, Emaillewerk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert & Menz). Ramenz i. Sachsen (Wogt). Königszelt. Kranichfeld. Neustadt b. Coburg. Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Sörnewitz (Steingutfabrik). Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Brünn für Maler. Briesen bei Bilm (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Jokes (Porzellanfabrik). Livoje bei Gili in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Tessa für Maler. — Ludwig Bröschold & Co., Porzellanfabriken in Dallwitz und Elbogen.

Nach Mannheim.

Die Spannung, die allgemein in den Kreisen der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern vor dem mannheimer Parteitag herrschte, ist nun gewichen. Nicht, daß sie sich in explosiven Ausbrüchen entladen hat, sondern sie hat allmählich einer befriedigenden Stimmung Platz gemacht, die wohl in den weitesten Kreisen der Genossen als die beste Lösung der vor Mannheim so brennend erschienenen Streitfragen empfunden wird. Und darin liegt eben die Bedeutung der mannheimer Tagung für die gesamte Bewegung, daß man in versöhnlichem Sinne die anscheinend gegensätzlichen Ansichten diskutierte und, ohne irgend einer Seite in ihren Empfindungen kränkend zu nahe zu treten, eine einigende und bindende Mittellinie schuf, deren Beschreiten jede Trennung oder scheinbar mögliche Entfremdung der Partei von der Gewerkschaft oder umgekehrt verhindert. Freilich, den ruhigeren Beobachter konnte dieser Ausgang des Parteitages nicht überraschen; denn wie die Dinge im allgemeinen liegen, wäre es heller Wahnsinn gewesen, in irgend einer Weise etwa vorhandene Reime der Gegensätzlichkeit zwischen Partei und Gewerkschaft durch ein Vorderkopfstößen irgend einer Richtung weiter zu treiben. Aber in den bürgerlichen und vielleicht auch in einigen parteigenösslichen Kreisen erwartete und sah man voraus, daß Mannheim zu einem besonders turbulenten Parteitag werden würde. Das Gegenteil trat ein. Trotz der weitgehendsten Differenzen in den Ansichten in manchen Fragen, blieben die Redner sachlich, durchwehte die Debatten ein streng parteigenösslicher Ton und wurden die Verhandlungen zu sehr interessanten und der gesamte Verlauf des Parteitages zu einem durchaus würdigen.

Schon seinem äußeren Gepräge nach, muß der mannheimer Parteitag zu einem der bedeutendsten gezählt werden. Er wurde in dem prächtigsten Versammlungslokal Mannheims abgehalten und in dessen Riesensaal hatten sich 404 Teilnehmer — 313 Delegierte, 52 Reichstagsabgeordnete, 20 Parteibeamte und 19 Gäste — eingefunden. Die Tribünen, die tausende von Besuchern fassen, waren namentlich an den sogenannten großen Tagen dicht besetzt.

Die Tagesordnung lautete: Geschäftsbericht. Bericht der Kontrollkommission. Parlamentarischer Bericht. Der politische Massenstreik. Der internationale Kongress. Die Maifeler. Sozialdemokratie und Volkserziehung. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug. Sonstige Anträge. Wahl des Vorstandes. — Der Geschäftsbericht, der ja sonst nur wenig neues bringt, war in diesem Jahre dadurch besonders interessant, als schon im gewissen Maße eine Wirkung der neu geschaffenen festeren Parteiorganisation in ihm zur Geltung kam. Gewiß wird man auf Grund dieser Erfahrungen noch zu keinem Urteil über die Folgen des neuen Organisationsstatuts gelangen können, aber immerhin scheint die neue Organisationsform viel Gutes mit sich zu bringen. Aus dem Massenbericht sind auch die Zahlen der politisch organisierten hervor zu heben. Es ist wohl das erste Mal, daß hierüber genauere Zahlen vorlagen. Und sicherlich wird, eben auf Grund des neuen Organisationsstatuts, zum nächsten Parteitag die Mitgliederzahl 384 327 bedeutend überschritten sein. — Nicht minder interessant wie dieser Punkt waren die Referate über die Stellung der Sozialdemokratie zur Volkserziehung. Genosse Heinrich Schulz-Bremen und Genossin Clara Zetkin hielten sie. Ohne Debatte überwies man die Angelegenheit einer Bildungskommission. Ueber das Strafrecht referierte Genosse Haase, dessen Thesen der Parteitag mit großer Majorität zustimmte. Den internationalen Kongress, der im nächsten Jahre die Vertreter des klassenbewußten Proletariats der ganzen Welt in Stuttgart versammeln wird, behandelte Singer. Und schon hierbei konnte sich das verständige Zusammenarbeiten der Partei mit den Gewerkschaften betätigen. Man beschränkte nämlich die Zahl der deutschen Delegierten für diesen Kongress auf 300, die zur Hälfte von der Partei und von den Gewerkschaften gestellt werden sollen. Aber über alle diese Punkte der Tagesordnung ragten doch die Debatten über den Massenstreik, bei denen das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften erörtert wurde, hinweg. In ihrem Zeichen stand der Parteitag und schon aus den Berichten erhellt, daß mit dem Schluß dieser Debatten der Höhepunkt der Verhandlungen überschritten war. Die Maifelerfrage verschwand gänzlich gegenüber den zweitägigen Debatten über den Massenstreik. Man diskutierte nicht einmal weiter über die Maifeler, sondern erneuerte die jenaer Resolution dazu und lehnte alle Abänderungsanträge stillschweigend ab. So wirkte denn die Debatte über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ungeschwächt nach und ihr Resultat bildet den Hauptwert der mannheimer Tagung.

Die Anlässe zu diesen Auseinandersetzungen dürfen wir wohl als bekannt voraus setzen. Das erste Referat hielt Genosse Bebel. Derselbe suchte zuerst die Haltung des Parteivorstandes in der Frage der Veröffentlichung des Protokolls der Vorstandskonferenz zu erklären und die von ihm angeführten Entschuldigungsgründe fanden den Beifall des Parteitages. Dann ging der Redner zu der Frage des Massenstreiks über, und legte dar, daß weder er noch der Parteivorstand seine Stellung in dieser Frage seit Jena geändert habe. Man stehe nach wie vor auf dem Boden der jenaer Resolution und werde auch künftig den Massenstreik in dem gegebenen Fall als die kräftigste Waffe des Proletariats in Anwendung bringen. Dazu bedürfe es aber des innigsten Zusammenarbeitens zwischen Partei und Gewerkschaften und um diese zu erlangen, soll man nicht eine Bewegung der anderen unter zu ordnen versuchen. Diese Leitsätze fanden dann in einer Resolution des Parteivorstandes ihren präzisen Ausdruck. Hätte man diese Resolution zeitiger gekannt, so wäre gewiß niemand

zu dem Verlangen gekommen, dem Genossen Bebel in der Person eines Gewerkschaftsführers einen Korrespondenten zu bestellen. So referierte beim Genosse Legien an zweiter Stelle. Er wendete sich vor allen Dingen gegen die Maßnahme des Parteivorstandes in Bezug auf die Protokollveröffentlichung, wies auf die Schäden der gepflogenen Diskussionen über den Massenstreik hin und betonte, daß die Kölner Resolution keineswegs in einem Widerspruch mit der jenaer Resolution über den Massenstreik stehe. Und wenn man diese Übereinstimmung anerkennen und weiteren Verdächtigungen gegen die Gewerkschaftsleiter vorbeugen wolle, dann müsse man seinen Zusatzantrag zur Bebel'schen Resolution annehmen, der die innere Übereinstimmung beider Resolutionen, der Kölner wie der jenaer, betont. — Die Diskussion war eine recht lebhaft. Es gab ein teilweises heftiges Hin und Her und nicht alle Redner erklärten sich mit den Ausführungen Bebel's einverstanden. Namentlich die radikalere Richtung, die durch Rautsky und Rosa Luxemburg vertreten wurde, wollte nicht die Gleichstellung der Gewerkschaft mit der Partei, sondern die geistige Unterordnung der ersteren unter die letztere fest gelegt wissen. Aber diese Ansichten brangen nicht durch und nachdem alle weiter gehenden Anträge und Aenderungen abgelehnt waren, wurde nach stehende Resolution in namentlicher Abstimmung mit 386 gegen 5 Stimmen angenommen:

I. Der Parteitag bestätigt den jenaer Parteitagsbeschluss zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem jenaer Beschluss, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaftsmitgliedern zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durch zu führen.

II. Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewusste Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbei zu führen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaften zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Der vom Genossen Rautsky beantragte schärfere Nachsatz wurde von dem Antragsteller zurück gezogen. Der Amendement Legien, das noch unwesentliche Aenderungen erfuhr und so den ersten Absatz des ersten Teils der Resolution hinfällig machte, wurde mit 323 gegen 82 Stimmen angenommen.

Die Resolution ist nun freilich auch wieder ein Kompromiß; denn sie vereint in sich Teile der ursprünglichen Parteivorstandesresolution, des Amendements Legien und der Resolution Rautsky. Aber trotz alledem dürfte sie das Richtige treffen. Sie verbindet, sie vermeidet jede Schärfe, sie erklärt nach keiner Seite hin den Krieg, sondern sie diktiert den Frieden. Es war fraglich, ob die Auffassung Rautsky's, vom Parteitag akzeptiert, diese Eigenschaften besessen hätte. Die strikte Forderung, daß die Gewerkschaften den Weisungen der Partei zu folgen hätten, konnte nicht beruhigend wirken, sie mußte zu neuen Streitigkeiten führen. Diese sind aber ganz unnötig; denn zu einer Scheidung zwischen Partei und Gewerkschaft kann es und darf es nicht kommen. Dazu sind beide zu viel auf einander angewiesen. Und vertragen können

sie sich nur, wenn sie sich völlig gleich fühlen. Das aber erklärt die Resolution ausdrücklich. Von besonderer Wichtigkeit ist jedoch in dieser Beziehung der zweite Teil der Resolution. Er legt ein für alle Male ausdrücklich fest, daß die Gewerkschaften nicht nur formell der Partei völlig ebenbürtig sind, sondern auch ideell. Der Unterschied, den man vor Mannheim so gern machte, indem man nur der Partei den Charakter als Klassenkampforganisation zuerkannte und die Gewerkschaften als ein Zwitwergding hin zu stellen sich bemühte, ist in der Resolution verschwunden und ausdrücklich werden die Gewerkschaften als nicht minder notwendig wie die Partei bezeichnet. Wir freuen uns dessen, denn wir wollen als Gewerkschaftler Klassenkämpfer sein. Und darum bedeutet der letzte Absatz der Resolution für uns eine Selbstverständlichkeit, der ja schon immer Rechnung getragen wurde.

So können wir uns also mit der Resolution vollkommen einverstanden erklären und wir begrüßen dieses Ergebnis der mannheimer Debatten. Jedoch nicht allein, weil uns die Resolution gefällt, sondern weil sie geeignet ist, die fruchtlosen Streitereien in den eignen Reihen einzudämmen und zu verhindern. Und hierzu war es hohe Zeit. Diese Streitereien, wie sie in der letzten Zeit bestanden, konnten nicht mehr weiter gehen und der Zustand war unhaltbar geworden, daß von Parteigenossen und in Folge dessen auch von einem Teil der Gewerkschaftsangehörigen den Gewerkschaftsführern unsozialdemokratische Denkwiese, Laubheit und Verrat an den Arbeiterinteressen vorgeworfen werden konnten. Was hat man den Leitern der Gewerkschaften und den Teilnehmern des Kölner Kongresses nicht alles an den Kopf geworfen und wie wurde die Kölner Resolution über den Massenstreik gegen die jenaer ausgespielt. Ist doch aus diesen Auffassungen über die beiden anscheinend sich kraft gegenüber stehenden Resolutionen die letzte Kampagne her zu leiten. Welche scharfen, unvorsichtigen Worte wurden deshalb den „Beamten“-Delegierten von Köln entgegen geschleudert. Und jetzt? In Mannheim wurde ausdrücklich fest gestellt, daß zwischen Köln und Jena keine Differenz, kein Widerspruch besteht und daß demnach alle darauf gebauten Angriffe, Verurteilungen und Diskreditierungen in sich zusammen fallen müssen. Ein unerwarteter Ausgang für alle jene, die vordem nur auf die allein seelig machende jenaer Resolution schwuren. Wie werden sie sich mit Mannheim abfinden? Wir wollen uns deswegen keiner billigen Schadenfreude hingeben oder untersuchen, wer Sieger und wer Besiegter in Mannheim war, sondern mit dem jetzigen Friedensschluß das Gewesene vergessen. Auch die Protokollveröffentlichung ist für uns endgültig erledigt und wir versagen es uns, die Haltung des Parteivorstandes in dieser Frage, besonders auf die betreffenden Ausführungen des Genossen Pfannkuch hin, einer erneuten Betrachtung zu unterziehen. Im Grunde genommen sind das ja alles Eintagsfragen, die so schnell verschwinden, wie sie auftauchen und welche so rasch vergessen werden, wie sie tiefste Erregung verursachten.

Ueber allem diesen steht ja die Bewegung selbst und das Bemühen aller Teile der Bewegung mit einander im Einverständnis zu bleiben. Vor uns liegt dasselbe Ziel und wenig verschieden sind die Wege, die uns zu ihm führen sollen. Mannheim zeigte uns ja, wie wir gemeinsam, in der Partei und Gewerkschaft, marschieren können. Nur müssen die Vereinbarungen von jeder Seite gehalten und nicht neuerdings aus kleinlichen Anlässen und nebensächlichen Abweichungen von der allgemein gleichen Auffassung neue tief greifende Streitpunkte geschaffen werden. Wie not uns diese dauernde Einigkeit tut, das bewiesen ja die Debatten über den Massenstreik am besten. Keiner ist wohl unter uns, der die drohenden Gefahren für die kämpfende Arbeiterschaft in der Zukunft unterschätzt und der nicht gewillt ist, zum Schutze der Klassengenossen die schärfsten Mittel zu ergreifen. Mögen in Nebenfragen die Absichten über den Massenstreik auch aus einander gehen, darüber, daß, wenn er da ist, jeder von uns mit machen will, ob Parteigenosse oder Parteigewerkschaftler, dürfte es keinen Zweifel geben. Und deswegen können sich auch die Genossen, die da meinen, daß in Mannheim zu viel nach rechts gesprochen wurde, mit den Resultaten in Mannheim zufrieden geben. Mag der Massenstreik heut noch vielen nicht möglich erscheinen, der Gedanke selbst schreitet mit dem steigenden Klassenbewußtsein fort und wenn die Zeiten es erfordern, dann wird das Proletariat seinen Mann stellen. In diesem Sinne legt die mannheimer Resolution der Partei wie den Gewerkschaften ihre Aufgaben auf und wie die Parteigenossen, so werden auch die Gewerkschaftsmitglieder gern und stets bereit sein, dieser Parole des mannheimer Parteitags zu folgen.

Nachschrift. Aus den Verhandlungen des Parteitags ist noch hervor zu heben, daß der nächste Parteitag in Essen statt

finden wird und daß sich der Parteivorstand aus den Genossen zusammen setzt, die bisher den Vorstand bildeten. Als neuer Sekretär wurde Müller gewählt.

Verbandsangelegenheiten.

100. Vorstandssitzung vom 5. September 1906.

Wollmann auf Reisen; mit Entschuldigung fehlen Burmann, Hellus, Rabanius, Seefeld und Welzel.

Der stellvertretende Vorsitzende Korn eröffnet die Sitzung um 9^{1/4} Uhr und konstatiert bei Anwesenheit von 5 Mitgliedern die Beschlussfähigkeit, auf Grund des § 4 der Geschäftsordnung. Weil ein Eintreten in die Verhandlungen demzufolge nicht möglich ist, wird die Sitzung wieder geschlossen.

M. Korn, stellv. Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

101. Vorstandssitzung vom 12. September 1906.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlen Rabanius und Welzel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklären die anwesenden, der letzten Sitzung fern gebliebenen Mitglieder, daß ihre Abwesenheit in der 100. Sitzung zum Teil durch das zu späte Erhalten der Einladungskarten verursacht sei, während andere durch früher getroffene Verpflichtungen am Erscheinen in jener Sitzung verhindert waren.

Der Schriftführer berichtet, daß derselbe auf telegraphische Benachrichtigung von Köppelsdorf nach dort gereist sei, um bei den Firmen Gering & Weithase und Heubach zu vermitteln. Letzteres sei mit Erfolg geschehen, so daß die schwebenden Differenzen als erledigt gelten können. Die Sperre wird wieder aufgehoben. — Im Anschluß daran ist der Schriftführer nach Creditly gegangen, um zu versuchen, bei der Firma Gunttau zu verhandeln. Obwohl die statt gefundenen Verhandlungen ergebnislos verliefen, ist jedoch laut telegraphischer Mitteilung, am anderen Tage eine Verständigung zwischen Firma und Maler-Personal erfolgt. — Den Malern der Firma Weiß, Kühnert & Co. Gräfenthal wird die Genehmigung zur Einreichung der Kündigungen gegeben, nachdem alle Versuche, eine Verständigung mit der Firma herbei zu führen, gescheitert sind. Ueber die Malerei dieser Firma wird die Sperre verhängt. — Nachdem alle Versuche der Dreher in Margarethenhütte zu einer gütlichen Beilegung des Konfliktes als gescheitert gelten, wird den Mitgliedern in Rosslau zur Pflicht gemacht, auch ihrerseits die Kündigungen ein zu reichen. — Die Sperre über die Firma Rother & Co. Mitterteich wird aufgehoben. — Zuschriften von Eisenberg, Berlin III., Meuselwitz, Sophienau, Pöschappel und Eirschenreuth werden zur Kenntnis genommen. — Der Streik bei der Firma A. Gladenbeck Friedrichshagen wird für beendet erklärt; die Sperre bleibt bis auf Weiteres bestehen. — Unterstützung für 48 592 wird vertagt, für 42 878 abgelehnt. — Ein Antrag der Zahlstellen Meuselwitz und Oberböbzig auf Delegation eines Versammlungs-Referenten aus dem Verbandsbureau soll zu gelegener Zeit Berücksichtigung finden. — Im Anschluß an eine Zuschrift des schweizerischen Hafner-Verbandes Sig St. Gallen, wird demselben die Summe von 800 Mk. bewilligt zur Unterstützung der Streitenden in Schaffhausen. — Die beantragte Delegation eines Vorstands-Vertreters nach Creditly wird abgelehnt und soll Weiteres zunächst abgewartet werden. — Zuschriften von Eisfeld, Magdeburg und Schornborn werden zur Kenntnis genommen und Beschlussfassung vertagt, weil Rückfrage erforderlich. — Die Kosten für ein Flugblatt zur Verbreitung unter den weiblichen Arbeitern unseres Berufes in Thüringen werden auf Befürwortung des Gauleiters bewilligt. — Der Agitations-Kommission des 8. Bezirkes werden die beantragten Kosten mit einer geringen Einschränkung bewilligt. — Einigen Mitgliedern in Meuselwitz sowie dem Mitgliede 8668 Gotha wird Rechtsschutz bewilligt. — Dem Mitglied 8445 Rehau wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Unterstützung für 3717 Gotha wird wegen noch nicht beendeter Karenzzeit abgelehnt. — Den Mitgliedern 30 629 und 41 891 Neuhaldensleben wird die beantragte Unterstützung nach erfolgter Recherche bewilligt. In Angelegenheit 20 775 wird vom Ausschluß des Mitgliedes abgesehen, denselben jedoch eine Rüge erteilt wegen Nichtbeachtung der ausdrücklichen Weisung des Verbandsbureaus. — Das Mitglied 43 366 Gandle Friedrichshagen wird nach § 3 Absatz 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen.

M. Korn, stellv. Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Düsseldorf. Die Differenzen bei der Firma Hibn (Emaillierwerk) sind beigelegt worden, da die Firma sämtliche von den Arbeitern gestellte Forderungen bewilligt hat. In erster Linie handelte es sich um die Erringung der zehnjährigen Arbeitszeit und sodann um die Auflösung der Betriebs- und den Anschluß an die Ortskrankenkasse. Der schnelle Erfolg der Arbeiter erklärt sich aus der guten Organisation der letzteren.

Hornberg. Man teilt uns mit, daß, seitdem der Betrieb der Steingutfabrik wieder aufgenommen worden ist, die Unzufriedenheit zwischen den Kollegen und der Betriebsleitung kein Ende nehmen wollen. Der Arbeiterwechsel ist ein großer und zeitweise nehmen die Entlassungen besonders großen Umfang an. So wurden jüngst bei den Kündigungen als Gründe dafür angegeben, daß die Arbeiter den verschiedenen Befehlen der Betriebsleitung nicht in genügender Weise nach kämen und was dieser Gründe noch mehr sind. Nun kann man ja darüber streiten, ob die Direktion überhaupt Befehle erteilen kann, namentlich in Bezug auf Dinge, welche sich außerhalb des Betriebes abspielen. Zumindest dürfte es sonderbar berühren, wenn die

Direktion den in ihrem Betriebe beschäftigten Leuten den Umgang mit jenen Arbeitern verbieten will, die entlassen wurden. Wir meinen, Hornberg liegt nicht in Ostfriesland und die dortigen Kollegen sind keine ostfriesischen Land- und Instleute, die sich ihren Junkern gegenüber mehr als Leibeigene denn als freie Menschen fühlen. Darum wird auch die hornberger Direktion von ihren sonderbaren Zumutungen gegen die Arbeiter absehen und ihre „Befehle“ mit dem ins Ginnernehmen bringen müssen, was den Kollegen tatsächlich zu erfüllen möglich ist. — Des weiteren berichtet man uns, daß die einige Zeit im Tagelohn an einzelnen Stücken beschäftigten Maler wieder entlassen worden sind. Deutet das darauf hin, daß auch unter der jetzigen Firma die hornberger Fabrik nicht dauernd gesunden kann?

Neuhaldensleben. In einer Versammlung am 30. September erklärten die ausständigen Kollegen den Streik bei der Firma Hubbe für beendet. Die Sperre bleibt bestehen.

Magdeburg. Bei der Firma C. & C. Carstens führten die Gießer über eine neuerlich gemachte Lohnreduzierung Klage. Zwischen der Betriebsleitung und den Gießern bestand eine Vereinbarung dahin gehend, daß für alle Garnituren, auch für die neu ein zu führenden, derselbe Preis bezahlt werden soll, ganz gleich, ob die eine Garnitur etwas größer oder kleiner als die andere ist. Nun hat die Firma diese Abmachung durchbrochen, indem sie — ohne mit den Kollegen vorher darüber Rücksprache zu nehmen — für eine neue Garnitur — zu der mehrere Artikel gehören, einen wesentlich niedrigeren Preis ansetzte. Als die Gießer sich darüber beschwerten, verlegte sich der Betriebsleiter auf den Trost, daß ja die Garnitur etwas kleiner als die anderen sei. Die Kollegen wollen von dieser Arbeit absehen. — Wir hoffen, daß es zu Weiterungen nicht kommt und daß die Direktion den billigen Forderungen der Arbeiter nach gibt.

Margarethenhütte. Der Zustand in den beiden Betrieben der Firma S. Schomburg & Söhne (Alt.-Ges.) in Margarethenhütte und Rosslau ist nun doch zur Tatsache geworden. Der bisherige Gang der Differenz ist folgender: Die Kollegen in Margarethenhütte ersuchten ihre Direktion um die Aufbesserung der Preise für die schlecht bezahlten Artikel. Die Direktion wollte aber nur eine teilweise Erhöhung der Preise eintreten lassen, und zwar auf die Isolatoren, die am wenigsten in Arbeit kommen. Die Kollegen konnten sich damit nicht zufrieden geben und traten aus, da die Direktion ein weiteres Entgegenkommen nicht bewies und weil sie auch nicht einmal mit einem Vertreter des Verbandes verhandeln wollte. Nun war es selbstredend, daß die Kollegen der roslauer Fabrik an dem Kampf teil nehmen mußten. Da sich bereits am 15. September die Verhandlungen in Margarethenhütte zerschlagen hatten, so kündigten an diesem Tage auch die Kollegen in Rosslau, indem auch sie Forderungen stellten. Und nun ist es sehr interessant, zu beobachten, wie den roslauer Kollegen sämtliche Wünsche von der dortigen Direktion glatt erfüllt wurden, während man in Margarethenhütte auf dem alten Standpunkt der Ablehnung der Arbeiterforderungen stehen blieb. Und das, trotzdem der roslauer Direktor die dortigen Kollegen versicherte, seinen Einfluß zur Beilegung der Differenzen in Margarethenhütte geltend zu machen. Aber allem Anschein nach lehnte die Direktion in Margarethenhütte jede gut gemeinte Anleitung ab und blieb auf ihrem Standpunkt bestehen. Sie wollte nur wenige Preiszugeständnisse machen und bestimmte, daß die bisher als Arbeitswilligen heran gezogenen acht Hilfsarbeiter auch künftig die Plätze der sieben mit ausständig gewordenen Isolatoren dreher-Behlänge einnehmen sollten und die so hinausgedrängten höchstens wieder als Hilfsdreher eingestellt werden könnten. Darauf wollten und konnten die Kollegen nicht eingehen und die Differenzen hielten an. Infolgedessen vermochten auch die den roslauer Kollegen gemachten Zugeständnisse eine Wirkung nicht aus zu üben, da getreu ihrer anfänglichen Stellungnahme die Dreher in Rosslau so lange der Arbeit fern bleiben werden, bis die Differenz auch in Margarethenhütte beigelegt ist. Eine Trennung beider Betriebe in dieser Sache ist auch nicht möglich, da beide Fabriken in der Produktion uns gegenüber eine Einheit bilden. In Margarethenhütte kommen 37 Dreher und 7 Behlänge in Betracht, und in Rosslau sind 24 Kollegen ausständig geworden. — Eine spätere Meldung berichtet jedoch, daß die Differenzen in Margarethenhütte wie in Rosslau erledigt wurden.

Reichenbach. Herr Schwabe, in Firma Schwabe & Co., fühlte sich durch die Ausführungen in der „Ameise“ zu unrecht getroffen und wir gaben ja von der Berichtigung des Herrn Schwabe unseren Mitgliedern Kenntnis. Freilich konnten wir dann auch nicht verhindern, daß in einer weiteren Zuschrift aus Reichenbach die von Herrn Schwabe abgestrittenen Punkte aufs neue be-

hauptet und bewiesen wurden. Herr Schwabe protestierte auch hiergegen und bestritt, daß in seinem Betriebe die behaupteten Uebelstände existieren oder bestanden hätten. Um aber die Sache zu klären, erbat er sich den Besuch eines Verbands-Vertreters. Diesem Wunsche kam der Vorstand nach und sandte den Genossen Schneider nach Reichenbach. Die dort gepflogenen Unterhandlungen endigten mit der Annahme nach stehender Vereinbarung, die vom 28. September datiert ist: 1. Beschwerden jeder Art sind der Firma schriftlich zu unterbreiten. In den Fällen, in welchen die Firma Beschwerden als berechtigt nicht ohne Weiteres anerkennt, sollen mündliche Verhandlungen mit einer Kommission darüber gepflogen werden. Die Firma macht zur Bedingung, daß nicht immer ein- und dieselben Personen in die Kommission entsendet werden. 2. Bei Festsetzung der Preise neuer Artikel für Dreherei und Gießerei soll eine von Drehern und Gießern bestimmte dreigliedrige Kommission hinzu gezogen werden. Auch in diese Kommission sind nicht immer dieselben Personen zu entsenden. 3. Der Preis-Kourant für Dreherei und Gießerei soll in neuer Abschrift den Drehern zugestellt werden. 4. Die acht-tägige Lohnzahlung wird wieder eingeführt. 5. Maßregelungen aus Anlaß dieser Differenzen werden nicht vorgenommen. Joh. Schneider." Diese schriftliche Abmachung sandte Herr Schwabe sodann seiner Organisation zur Begutachtung ein und von dem Geschäftsführer des Unternehmerverbandes ging uns das von Herrn Schwabe unterzeichnete Schriftstück zu. Damit ist auch für uns diese Angelegenheit endgiltig erledigt und wir sehen davon ab, darauf ein zu gehen, inwieweit und in welchen Punkten es Herrn Schwabe gelungen ist, die Ausführungen der „Ameise“ zu widerlegen und inbetreff welcher Behauptungen und Ausführungen wir uns noch immer im Rechte fühlen. — Die Sperre über die Firma Schwabe & Co. ist aufgehoben!

Rudolstadt. Es ist selbstverständlich, daß die durch die junkerfreundliche Zollpolitik ins Fabelhafte verteuerte Lebenshaltung der Arbeiter dieselben vor allem dort zu einem Verlangen nach höheren Einkünften drängen muß, wo die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung besonders gedrückt sind. Und da kommt in erster Linie Thüringen und dortselbst wieder die Porzellanarbeiter in Betracht. Es ist durchaus nicht von ungefähr, daß es hieß, die thüringischen Staatsleitungen wollten durch gemeinsames Vorgehen von der Reichsregierung eine Doffnung der Grenzen zur Einfuhr von Lebensmitteln verlangen. Man muß das Elend und den Jammer in diesen Kleinstaaten kennen, um diesen Schritt der Duodezministerien zu verstehen. Wenn diese Leute nicht die zwingendste Notwendigkeit trieb, sie würden gewiß nicht den Zorn der ostelbischen Krautjunker zu erregen wagen. — Einen Einblick in die Lage der thüringer Arbeiter in Rudolstadt und Schwarzburg gerichtet haben. Es lautet: „Mit Bezugnahme auf die sehr erheblich gestiegenen Preise für Lebensmittel, sowie der gesamten Verteuerung der Lebenshaltung überhaupt, von welcher besonders die Arbeiter getroffen werden, gestatten sich die Unterzeichneten nach Ermägung aller Nebenumstände, Ihnen hierdurch Folgendes zur gefälligen Berücksichtigung zu unterbreiten. Nach Feststellung des Wochenverdienstes (mittels statistischer Angaben) der in Ihrem Betriebe beschäftigten Former und Maler ergab sich für die Former, nach Abzug sämtlicher Feiertage, ein Mindestverdienst von . . . Mk., ein Höchstverdienst von . . . Mk., also ein Durchschnittsverdienst von . . . Mk. die Woche. Für die Maler ergab sich ein Minimum von . . . Mk., ein Maximum von . . . Mk., demnach ein Durchschnitt von . . . Mk. Es ist jedoch unter Bezugnahme auf obige Begründung in dem meisten Fällen nicht möglich, mit einem derartigen Einkommen eine Familie in normaler Weise zu erhalten. Wir richten daher, im Auftrage der bei Ihnen beschäftigten Former und Maler die höchliche Bitte an Sie, doch in Zukunft dahin wirken zu wollen, daß unter allen Umständen auf Grund der neueren Akkordsätze, ein Mindestverdienst von 24 Mk. bei normaler Arbeitszeit in der Woche zu erzielen ist. Ihrer gefälligen Rückäußerung entgegen. Heut, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung. — Es bleibt zu warten, in welcher Weise die angeschriebenen Unternehmer dieses höchliche Anschreiben der von dringender Not in ihrem Handeln beeinflussten Arbeitern, beantworten werden.“

Sorau. Die Differenz der Maler hält an, da der Geschäftsführer Herr Böhme sich auf sachliche Verhandlungen mit dem herbei gerufenen Vorstands-Vertreter nicht einlassen wollte.

Oesterreich. Wie wir aus dem Verbandsorgan unserer österreichischen Kollegen ersehen, ist die in der Porzellanfabrik Mertelsgrün zum Ausbruch gekommene Differenz bei gelegt

worden. Abgesehen von der Abschaffung der in diesem Betriebe recht erheblichen Strafgebel bewilligte die Direktion den Kollegen die gestellten Forderungen, von denen in erster Linie eine 15 % Lohnerhöhung bei den Kapseldrehern, eine Erhöhung der Akkordlöhne der Brennhausarbeiter und sodann die Freigabe des ersten Mal zu nennen ist. — Auch bei der Firma Richter, Fentl & Sahn in Chodau ist ein die Arbeiter befriedigender Abschluß der zwei Wochen anhaltenden Differenz erlangt worden. Die Firma stimmte einer Lohnerhöhung von sieben Prozent zu und stellte sämtliche ausständig Gewesenen wieder ein. Die Organisation der chodauer Kollegen hat bedeutende Fortschritte gemacht und innerhalb weniger Monate wuchs die Mitgliederzahl der dortigen Ortsgruppe von 47 auf 400 an. Die Hauptsache bleibt nun freilich, diesen Mitgliederstand nicht nur zu erhalten, sondern ihn auch noch bedeutend zu vergrößern. An Kollegen fehlt es in Chodau nicht. — In Altrohlau erhöhte die Direktion der Firma „Victoria“ die Löhne der Formen- und Kapselträger so wie die eines Teils der übrigen Hilfsarbeiter um 20 und 30 Heller pro Tag. Die Erfolge in Mertelsgrün und Chodau haben anscheinend nachahmend gewirkt. Wir freuen uns dessen.

Schildermaler.

Berlin. Wie wirkungslos die Aussperrung der Schilderfabrikanten für die Kollegen war, beweist der Umstand, daß sämtliche ausgesperrten Kollegen bis auf vier seit längerem anderweitig untergebracht sind. Nichts desto weniger wollen jedoch die auswärtigen Kollegen auch bis auf Weiteres jeden Zugang nach Berlin unterlassen und beachten, daß Arbeit dortselbst nur durch Vermittelung des Arbeitsnachweises von D. Goeze, Wallstraße 36 angenommen werden darf.

Aus anderen Verbänden.

Bergarbeiter. In der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ wird eine lange Reihe von Geheimnissen des „Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins“ — Sig Rattowitz — veröffentlicht, die einen tiefen Blick in das Getriebe der arbeiterfeindlichen Coullissenarbeit organisierter Unternehmer tun läßt. Ueber alle die Arbeiter angehende Fragen gehen den Unternehmern bündige Anweisungen der Organisationsleitung zu und es gibt kein Gebiet des öffentlichen Arbeiterlebens, das nicht durch dieses oder jenes Zirkular berührt wird. Da werden in dem einen Ausschreiben Gegenorders zu den Arbeiterschutzesetzen, zu den Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse gegeben und in anderen Mitteilungen wird gezeigt, wie von der Unternehmerorganisation die Lohnfragen einheitlich behandelt, die Freizügigkeit der Arbeiter und die Organisationsabsichten der Beamten und Arbeiter kontrolliert werden und wie man versucht, diesen Bemühungen erfolgreich entgegen treten zu können. Wie gesagt, diese Aktenstücke, die fast sämtlich als „streng vertraulich“ bezeichnet sind, bieten eine Fülle schätzenswertes Material zur Beurteilung der weitreichenden Macht der Unternehmerverbände. Zweifellos hat sich die „Bergarbeiter-Zeitung“ mit dieser Veröffentlichung ein großes Verdienst erworben.

Die Siebenerkommission hat — so berichtet die „Bergarbeiter-Zeitung“ — in einer am Sonnabend, den 22. September, in Essen statt gehaltenen vertraulichen Sitzung einen Beschluß dahin gefaßt, daß in der Lohnfrage Schritte unternommen werden sollen. Zu diesem Zweck soll mit allen Verbänden des In- und Auslandes schleunigst in Verbindung getreten werden. Auch über das Ueberschichtenwesen und andere Fragen wurde beraten. In allen Fragen wurde Einstimmigkeit erzielt. — Es steht also demnach eine allgemeine große Bewegung der Bergarbeiter bevor.

Internationales.

Statut der Internationalen Föderation der keramischen Arbeiter.

Artikel I. Um die gesamte Arbeiterschaft der Porzellan- und Steingut-Industrie auf dem Boden des Klassenkampfes international zu vereinigen, beschließt der am 15. Juli 1908 in Amoges abgehaltene internationale Kongreß die Vereinigung der nationalen Organisationen der keramischen Arbeiter zu einer internationalen Föderation.

Diese Organisation trägt den Namen: Internationale Föderation der keramischen Arbeiter und Arbeiterinnen (Porzellan- und verwandte Arbeiter und Arbeiterinnen, Fayence- und Steingutarbeiter und Arbeiterinnen und Fliesenmacher).

Die Föderation hat ihren Sitz in Charlottenburg (Deutschland).
Artikel II. Die internationale Föderation der keramischen Arbeiter und Arbeiterinnen hat die Gründung, Kräftigung und Verbreitung aller der im Artikel I genannten Arbeiterorganisationen in den Ländern zum Zweck, wo es noch keine solche Organisationen gibt oder wo dieselben noch zu schwach sind.

Artikel III. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:
1. gegenseitige Mitteilungen, Veröffentlichungen und Diskussionen über wichtige Vorkommnisse auf dem wirtschaftlichen Gebiet, ebenso durch

die Publikation der Studien und Erhebungen, welche dazu beitragen können, die internationale Vereinigung fort schreiten zu lassen.

2. Erleichterung der gegenseitigen Beziehungen der Organisationen der verschiedenen Länder um dadurch zu erreichen:

a) Die Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Mitglieder; jener der Internationalen Föderation angeschlossenen Organisationen, wenn diese Mitglieder im Ausland sich aufhalten; ferner Bestimmungen zu schaffen, welche den Uebertritt der Mitglieder von der Organisation des einen Landes in den Verband eines anderen Landes regeln.

b) Die Unterstützung der im Interesse einer gewerkschaftlichen Organisation vorgenommenen Arbeiten in den Ländern, in denen eine Organisation der keramischen Arbeiter (siehe Artikel I, Absatz 2) noch nicht vorhanden oder in denen diese Organisation noch zu schwach ist.

c) Die Festlegung und Beachtung der Grundsätze, welche bestimmt werden betreffs der moralischen und finanziellen Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

d) Die Veranstaltung von internationalen Kongressen der keramischen Arbeiter.

Artikel IV. Die Internationale Föderation setzt sich aus den nationalen Zentralorganisationen der keramischen Arbeiter zusammen, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend, als letztes Ziel derselben die Beseitigung des Privateigentums anstreben und welche die Beschlüsse der internationalen Kongresse der keramischen Arbeiter anerkennen.

Artikel V. Ueber die Zulassung zur Internationalen Föderation entscheidet das Internationale Komitee auf schriftlichen Antrag der Organisation und nach Vorlegung einer Verpflichtung derselben, die gegebenen Bedingungen inne zu halten. Der Austritt aus der Internationalen Föderation geschieht mit vierteljährlicher Aufkündigung am Jahreschluß.

Der Ausschluß einer Organisation aus der Internationalen Föderation kann nur durch das Internationale Komitee vollzogen werden und zwar in folgenden Fällen:

1. Wenn eine Organisation ihre Beiträge nicht bis zum Jahreschluß entrichtet hat und eine Mahnung des Sekretärs erfolglos geblieben ist.

2. Wenn eine Organisation systematisch gegen die Interessen der Internationalen Föderation arbeitet.

In allen Fällen kann die betroffene Organisation gegen den Entschluß des Internationalen Komitees Berufung bei dem nächsten Internationalen Kongreß der keramischen Arbeiter einlegen.

Artikel VI. Die Mittel, welche die Internationale Föderation zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf, setzen sich zusammen:

1. Aus den Beiträgen, welche den nationalen Organisationen auf erlegt werden.

2. Aus sonstigen Einnahmen.

Artikel VII. Die Höhe der jährlichen Beiträge wird durch die internationalen Kongresse bestimmt. Die Zahlung der Beiträge ist am 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres fällig. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

Die Beitragssumme richtet sich nach der Zahl der Mitglieder, welche die betreffende Organisation am Schluß des dem Zahlungstermin vorausgehenden Quartals (30. April und 31. Oktober) zählt.

Der jährliche Beitrag wird fest gesetzt auf 5 Centimes (4 Pf.) pro Jahr und Mitglied.

Artikel VIII. Die Vertretung der Internationalen Föderation und die Führung ihrer Geschäfte sind dem durch den Internationalen Kongreß gewählten Sekretär anvertraut.

Artikel IX. Die Pflichten des Sekretärs sind:

1. Die internationalen Beziehungen zu unterhalten, die Korrespondenz zu führen, Berichte zu geben, Enquêtes zu veranstalten und eventuell Veröffentlichungen in den für die Föderationsmitglieder in Betracht kommenden Sprachen vor zu nehmen.

2. Die Verwaltung der Föderationskasse zu führen, die Beiträge ein zu ziehen und die Hilfgelder aus zu zahlen; ferner jährlich Rechnung zu legen.

3. Auskünfte über die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage in den einzelnen Ländern zu geben.

4. Die Beschlüsse der Internationalen Kongresse zur Ausführung zu bringen.

5. Jährlichen Bericht über die Tätigkeit der Internationalen Föderation zu erstatten.

6. Die Aufnahme- und Unterstützungsgesuche der der Internationalen Föderation angeschlossenen Organisationen zu prüfen.

7. Einberufung der Internationalen Kongresse entsprechend den Entscheidungen des Internationalen Komitees.

Artikel X. Die Tätigkeit des Sekretärs ist der Kontrolle des Internationalen Komitees unterstellt.

Artikel XI. Jede Organisation, welche der Föderation angehört, hat für ihr Land einen aktiven Delegierten zu wählen um dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Föderation zu erleichtern. Dieser Delegierte ist seiner Organisation zur Berichterstattung verpflichtet und hat dem internationalen Sekretär auf alle Fragen betreffs der gewerkschaftlichen Verhältnisse seines Landes Auskunft zu geben.

Artikel XII. Die Delegierten der verschiedenen Länder bilden gemeinsam mit dem internationalen Sekretär das Internationale Komitee und sie haben in dieser Eigenschaft zu entscheiden über:

1. Die Aufnahme und den Ausschluß von Mitgliedern der Internationalen Föderation

2. Eventuelle Unterstützung der nationalen Organisationen.

3. Die Genehmigung des Jahres-Budgets.

4. Die Realementierung der Fragen und Vorschläge betreffs des Verhältnisses der föderierten Organisationen unter einander und zu der Internationalen Föderation.

5. Die Vorbereitung der internationalen Kongresse der keramischen Arbeiter und die Festlegung der Tagesordnung dieser Kongresse.

In dem Internationalen Komitee hat jede Landesorganisation eine Stimme.

Die näheren Bestimmungen seiner Geschäftsordnung gibt sich das Komitee selbst.

Die Abstimmung unter den Komiteemitgliedern erfolgt durch Rundfrage und nach Anhören der nationalen Organisationen. Das Abstimmungsergebnis ist den Komiteemitgliedern mit zu teilen.

Artikel XIII. Der Internationale Kongreß der keramischen Arbeiter bildet die höchste Instanz der Föderation. Er bestimmt den Ort und die Zeit des nächsten Internationalen Kongresses, welcher mindestens alle drei Jahre stattfinden muß. Der Kongreß wird von dem internationalen Sekretär einberufen. Die Einberufung muß jedoch mindestens sechs Monate vor dem Stattfinden des Kongresses erfolgen.

Wenn dringende Umstände die frühere Einberufung eines Internationalen Kongresses erfordern, so hat das Internationale Komitee darüber zu entscheiden.

Artikel XIV. Der Internationale Kongreß setzt sich aus den Delegierten der der Föderation angeschlossenen nationalen Organisationen zusammen. Jede Organisation bestimmt selbst die Zahl ihrer Delegierten und trägt die Kosten ihrer Delegationen.

Artikel XV. Jede Organisation, welche ihre Föderationsbeiträge bezahlt hat, hat Stimmrecht. Die Zahl ihrer Stimmen regelt sich nach der Zahl ihrer Mitglieder, für welche die Organisation regelmäßige Beiträge an die Föderationskasse gezahlt hat.

Ein Delegierter hat für je 100 Mitglieder seiner Organisation eine Stimme; doch darf ein Delegierter nicht mehr als fünfzig Stimmen abgeben.

Die auf jede Organisation entfallende Stimmenzahl wird bei der Einberufung des Kongresses durch den Sekretär auf Grund der letzten Beitragsleistung der einzelnen Verbände fest gestellt und den Organisationen bekannt gegeben.

Statutenänderungen können nur mit zwei Drittel-Majorität beschlossen werden. Für alle anderen Beschlüsse genügt die einfache Majorität.

Artikel XVI. Die Auflösung der Internationalen Föderation kann nur mit einer fünf Sechstel-Majorität durch einen Internationalen Kongreß der keramischen Arbeiter beschlossen werden.

Das vorhandene Vermögen wird dann unter die Mitglieder (Organisationen) entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder verteilt.

Artikel XVII. Diese Statuten treten mit dem Schluß des Internationalen Kongresses in Limoges 1908 in Kraft.

Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

1. Wird eine der Internationalen Föderation angeschlossene Organisation in einen Streit oder in eine Aussperrung gezogen, deren Kosten die eigene Kraft der Organisation übersteigt, so hat deren Leitung dem internationalen Sekretär sofort Mitteilung davon zu machen.

2. Der Sekretär hat das Komitee unverzüglich von der Sachlage zu unterrichten und auf dessen Beschluß die einzelnen Organisationen zur Unterstützung auf zu fordern.

3. Die Organisationsleitungen sind verpflichtet, auf dem kürzesten Wege ihren Mitgliedern Kenntnis von dem Appell des Sekretärs zu geben und eventuelle Hilfgelder sofort an den Sekretär ein zu senden.

4. Der Aufruf an die Organisationen kann auf Beschluß des Komitees wiederholt werden.

5. Unterstützungen dürfen nur durch die Vermittlung des internationalen Sekretariats geleistet werden.

Arbeiterschutz. Eine internationale Arbeiterschutzkonferenz tagt gegenwärtig in Bern. Auf ihr sind folgende Staaten (Regierungen) vertreten: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, England, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Schweden und die Schweiz. Es handelt sich hauptsächlich um das „Phosphorverbot“ und die Nachtarbeit der Frauen in der Industrie. Die Konferenz wird zwei Wochen tagen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Sechs Staaten haben ihre Zustimmung zu der Lösung der Phosphorfrage — die Verwendung weißen Phosphors bei der Streichholzfabrikation soll wegen seiner für die Arbeiter gesundheitsgefährlichen Wirkung verboten werden — gegeben, jedoch hofft man, durch eine besondere Fassung der Vereinbarungen, die Konzessionen einschließt, den Beitritt weiterer Staaten zu erreichen. Die sechs Staaten, die dem Phosphorverbot zustimmen, sind Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Dänemark und die Schweiz. Der Beitritt Frankreichs ist noch nicht sicher. Hauptsächlich widerstrebt Japan. Die Vereinbarung, betreffend das Verbot der Nachtarbeit der Frauen in der Industrie, wurde auf Grund zahlreicher Abänderungsvorschläge erörtert. Die großbritannischen Delegierten schlugen die Einsetzung einer ständigen internationalen Kommission vor, die den Vollzug der Vertragsvorschriften überwachen und die einschlägige Gesetzgebung der Vertragsstaaten zu kontrollieren hätte. Der Vorschlag stößt bei den maßgebenden Staaten auf einen entschiedenen Widerspruch, da man in ihm einen Eingriff in die Selbständigkeit der Staaten erblickt. Wenn die Staaten reaktionäre Maßnahmen dulden, z. B. die Frechheiten russischer Polizeispitzel in ihren Ländern, dann scheinen sie ihre Souveränitätsrechte weniger hoch zu achten wie bei der Einführung wirksamer Kontrollmaßnahmen zugunsten des Arbeiterschutzes. Man wird gut daran tun, seine Erwartungen auf die Resultate der Konferenz in recht mäßigen Grenzen zu halten, um sich vor Enttäuschungen zu sichern.

Vermischtes.

Gotha. Am 26. September wurde von dem Schöffengericht ein Urteil gefällt, das nicht nur in den Kreisen der gothaischen Arbeiterschaft allgemeines Kopfschütteln verursachen dürfte. Eine Hauptrolle in diesem Prozeß spielte der Arbeitswillige Otto, der als Formgleicher zur Zeit des vorjährigen Streiks bei Pfeiffer

in Arbeit trat. Otto behauptet, am 8. Juli dieses Jahres von dem Porzellanformer Dünkel auf offener Straße, in Bezug auf seine Tätigkeit als Arbeitswilliger beleidigt worden zu sein und als Beweis gab er die Zeugnishaft der beiden Formier Sch. und W. an. Sonderbarer Weise erhob die Staatsanwaltschaft in Gotha — die erst vor kurzem in einer öffentlichen Beleidigung eines Redakteurs durch das Amtsblatt glatt verlagte — in diesem Falle die öffentliche Anklage. In dem Termin blieb aber Otto, der als Zeuge auf treten konnte, mit seiner Aussage allein. Die beiden von ihm als Belastungszeugen angegebenen Formier Sch. und W. wurden nicht nur zu Entlastungszeugen für den Angeklagten, sondern sie sagten auch aus, daß Otto an jenem Tage nicht wieder zu gebende Lebensarten gebraucht habe und allem Anschein nach betrunken gewesen sei. Nun aber folgt das Unbegreifliche: Das Gericht verurteilte trotzdem den angeklagten Kollegen zu einer Woche Gefängnis! — Uns liegt das Urteil zur Zeit noch nicht in schriftlicher Ausfertigung vor, so daß wir ein genaues Eingehen darauf vorderhand unterlassen müssen. Aber aus dem Urteilsextrakt ergibt sich ohne Zweifel, daß das Gericht die Aussagen Otto's für glaubwürdiger wie die der beiden anderen Zeugen gehalten hat. Wir verzichten, die, unserer Annahme nach, zutreffenden Gründe für diese Stellung der gothaer Schöffengerichte hier ausführlich an zu geben. Unsere heutigen Richter sind so wenig geeignet, eine Kritik ihrer Amtshandlungen vertragen zu können, daß es heißt, sich leichtfertig einem Richterbeleidigungsprozeß — der ja zumeist ungünstig für den Angeklagten ausfällt — aus zu setzen, wollten wir so reden, wie wir denken. Vorderhand genügt es uns, aus diesem Prozeß zwei Punkte hervor zu heben: Die Glaubwürdigkeit, die Otto's Aussagen bei dem Gericht fanden und dann der öffentliche Charakter dieser Anklage. — Wer ist Otto? Unsere Kollegen kennen ihn. Otto ist nicht nur in Gotha Arbeitswilliger gewesen, er war es auch in Stügerbach und Schlierbach. Und namentlich der letztgenannte Ort dürfte auch für Otto unangenehme Erinnerungen haben. Damals trat Otto bei Dr. Ehrlich ein. Eines Tages aber flüchtete Otto aus der Fabrik in das Ständelokal unserer streikenden Kollegen. Bald erschien ein Gendarm und führte Otto zur Feststellung seiner Personalien zum Bürgermeister. Jener Zug, der sich damals durch Schlierbach bewegte, dürfte noch heute allen Augenzeugen im Gedächtnis sein. Born weg ging Otto, an seinen Fersen die Stiefelspitzen des ihn estortierenden Gendarmen spürend, und beide waren umgeben von der jubelnden Dorfjugend. Kurze Zeit darauf folgte ein zweiter Gendarm. Dieser trug sämtliches Mobiliar, die Garderobe und andere Effekten Otto's, in einem roten Schnupstuch sorgsam verpackt, zum Bürgermeister. Am selben Tage wurde dann Otto in die Fabrik zurück geführt und in das dortige Waschhaus eingesperrt um später in das Amtsgerichtsgefängnis transportiert zu werden. Dort wurde er aber wieder entlassen, da man ihm jedenfalls den Borschußschwindel, deswegen er angeblich angeschuldigt worden sein sollte, nicht beweisen konnte. Und als dann Otto nach Gotha kam, da benahm er sich in provozierendster Weise gegen unsere ausgesperrten Kollegen und nur deren Abneigung gegen jede Denunziation hatte es dieser Mensch zu danken, wenn er von zahlreichen Anklagen verschont blieb. Aber heute gilt dieser Mann beim Gericht mehr als zwei andere Zeugen gegen deren Ehrenhaftigkeit wohl nicht das Geringste ein zu wenden sein dürfte. Wir glauben ja, das Gericht kannte die Vergangenheit Otto's nicht, aber vielleicht war dem Amtsrichter oder in erster Linie dem Staatsanwalt bekannt, daß auch Otto der Beleidigung beschuldigt wird. Und das drängt uns zu folgender gegenüber stehender Frage: Für den angeblich beleidigten Otto sprang der Staatsanwalt ein und ermöglichte es dadurch Otto, als Zeuge in einem Prozeß auftreten zu können, der er im Falle einer Privatklage — wo Otto nicht bezeugen konnte — unrettbar verlieren mußte. Mit irgend einer öffentlichen Angelegenheit hat diese Sache nicht das Mindeste zu tun und zweifellos verweist man sonst derartige Klagen auf den Weg der Privatklage. Aber wir werden ja sehen, ob die gothaer Staatsanwaltschaft consequent sein kann. Derselbe Otto, der hier als glaubwürdiger Hauptzeuge betrachtet wurde, ist selbst beschuldigt, einige Frauen auf öffentlicher Straße gräßlich beleidigt zu haben. Auch in diesem Falle kann man — da es sich um ehemals ausgesperrte Arbeiterinnen handelt — eine Bezugnahme auf den Streik von 1905 herleiten und entsprechend dem Vorgehen Otto's gegen unsern Kollegen D. wurde wurde auch seitens der insultierten Frauen gegen Otto Erhebung der öffentlichen Anklage beantragt. Nun, die gothaer Staatsanwaltschaft hat das Wort. — Gegen das Schöffengerichtsurteil, das neben allem auch noch durch die Höhe der Strafe auffällt — in ähnlichen Fällen läßt man es sonst bei einer Geldstrafe bewenden — wird Berufung eingelegt.

Schweiz. Eine Warnung an die deutschen Arbeiter vor jedem Zuzug nach Zürich geht von der Generalkommission aus. Und wir ersuchen auch unsere Kollegen, diese Warnung zu befolgen. Es heißt in dieser Warnung: Das laufende Jahr hat in der Stadt Zürich eine Reihe von Streiks gebracht, die eine bisher noch nie gesehene Verschärfung der Klassengegenstände brachte. Das hatte zur Folge, daß die Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum einen unerhört leidenschaftlichen Charakter annahmen und daß die Regierung des Kantons Zürich sich rücksichtslos zum Werkzeug des wütenden Bürgertums machte. Zürich steht unter dem Zeichen der schandbarsten Reaktion. Die wild gewordenen Spießherren begnügten sich aber nicht damit, die Regierung so scharf als möglich zu machen, sondern sie suchten die Wut der Bürgerschaft auch dadurch anzustacheln, daß sie eine schamlose Ausländerhege einleiteten und die gesamte bürgerliche Presse den Versuch machte, dem Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft einen nationalen, geradezu chauvinistischen Anstrich zu geben, um die Meinung zu verbreiten, als ob nur die Ausländer die Schuld an den leidenschaftlichen Kämpfen zu tragen hätten. Der Versuch ist ihnen in weiten Volkstreifen leider nur zu gut gelungen und die schamlos lügenhafte Geharbeit hat weit herum eine unerhörte Erbitterung gegen die deutschen und italienischen Arbeiter wach gerufen. Das zeigte sich in seiner widerwärtigsten Form, als infolge des Streiks, insbesondere im Bauergewerbe, die Staatsgewalt erst durch die Polizei und dann durch die Militärsoldaten mit eitter Rohheit und Brutalität gegen die Arbeiter vorging, die der zarischen Polizeibestien würdig gewesen wäre. Die empfindlichsten Gewalttaten richteten sich während dieser Zeit hauptsächlich gegen die Ausländer und wenn ein Deutscher sich nur eine Bemerkung gestattete, so riskierte er nicht etwa nur verhaftet zu werden, sondern er wurde von der Polizei in der rohsten Weise mit Faustschlägen und Fußtritten, vom Militär ebenfalls mit Kolbenstößen und Schlägen mißhandelt. Ja es ist sogar von der Regierung zu gegeben worden, daß verhaftete Ausländer in der Militärfaserne mit Reitpeitschen geschlagen wurden. Und das in Gegenwart schweizerischer Offiziere, ja es waren sogar Offiziere selbst, die gepöbelt haben. Weber die Regierung noch die Militärbehörden sind dagegen eingeschritten. Im Gegenteil, die Regierung des Kantons Zürich hat die Schandtaten der Reaktion lebhaft mitgemacht und hat sie schließlich damit gekrönt, daß sie eine große Zahl von Arbeitern, es sind ihrer über dreißig, aus ihrem Staatsgebiete ausgewiesen hat. Zum Teil wegen der kleinlichsten Uebertretung von Polizeivorschriften wurden die Leute des Landes verwiesen, Leute, die seit Jahren hier ansässig sind, Leute, die Familie hier haben und für die die Ausweisung den ökonomischen Ruin bedeutet. Der Fremdenhaß ist derart angestachelt und groß gezogen worden, daß der deutsche Arbeiter geradezu als ein Mensch minderer Klasse betrachtet wird. Daneben hat sich die Wut des Bürgertums auch gegen die gesamte Arbeiterschaft gerichtet und hat zu scharfmacherischen Maßnahmen geführt, die selbst für Sachsen und Preußen unerhört wären. Im ganzen Kanton ist das Streikpostenstehen verboten worden. Gegenwärtig werden alle Anstrengungen gemacht, ein richtiges Zuchthausgesetz ein zu führen, und am schwersten treffen die neuen Bestimmungen wieder die Ausländer, die auf die blödsinnigsten Polizeirapporte hin ausgewiesen werden. Der Kampf der Arbeiterschaft für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist darum in Zürich außerordentlich erschwert und das Scharfmacherregime hat es den Ausländern fast unmöglich gemacht, sich daran zu beteiligen. Die deutschen Arbeiter haben daher gerade jetzt nicht das geringste Interesse daran, nach Zürich zu kommen, um sich den schandbarsten Beschimpfungen und Mißhandlungen aus zu setzen. Vielmehr liegt es in ihrem eigenen Interesse, den schweizerischen Genossen den Kampf nicht dadurch zu erschweren, daß sie den Arbeitsmarkt für die Unternehmer günstig gestalten. Die deutschen Arbeiter werden daher eindringlich gewarnt, sich in diesem und dem kommenden Jahre nach Zürich zu begeben. Wenn sie fern bleiben, helfen sie am besten, der Hochflut der wildesten Reaktion in kürzester Zeit eine feste Schranke zu setzen.

Feuilleton.

Der Landstreicher.

(Schluß)

Lang waren seine Tränen geflossen, Tränen des Kummers und des Jornes, bis er endlich einschlief. Der milde Hauch des Waldes hatte sein Herz getroffen. Wie er wieder erwachte, sah er im Traume, er sah sich von grinsenden Teufeln und Verdammten umgeben, die seinen Geburtstag feierten. Lauter Bekannte waren

da: Seine Eltern, seine Freunde und Freundinnen, des Nachbarn Wast und eine Menge von Gendarmen, Dorfschulzen und Richtern. Sie kamen auf ihn zu und beglückwünschten ihn, selbst der Oberste der Teufel würdigte ihn eines gnädigen Wortes. Ganz besonders aber tat sich ein krummbeiniges, kleines Teufelchen hervor, mit einem Vogelkopf und seinen Krallen an den Füßen, das schrie in einem fort: „Gratuliere Peter, gratuliere!“ und übertönte all die andern mit seiner durchdringend lauten Stimme.

Von dem Schreien des kleinen Teufels erwachte Peter und blickte, noch ganz benommen vom Schlafe, um sich. Und ob er gleich die Augen offen hielt und wachte, so hörte er doch immer noch den Ruf: „Gratuliere, Peter, gratuliere!“ Und da war er ja lebhaftig, der kleine Schreier, aber nicht ein Teufelchen war's, sondern ein Finkenhähnchen mit breitem, gelben Schnabel, halb noch mit weichem Flaum bedeckt und offenbar aus dem Neste gefallen.

Mit sorglicher Hand griff Peter nach dem kleinen Gratulanten, der immer lauter und lauter schrie und ängstlich die Flügelchen sträubte.

„Armes Kerlchen,“ sprach Peter, gutmütig lächelnd, „bist auch aus dem Nest gefallen — ganz wie wir!“

Der Kleine beruhigte sich in der Hand des „Landstreichers“, als ob er in seinen Augen gelesen und den Freund erkannt hätte. Lange horchte Peter in den Wald hinein, ob nicht das alte Finkenpaar sich meldete. Allein vergebens, sie schienen den Kleinen nicht zu vermissen. Dann stand er auf und begann das Nest zu suchen, aber so viel er auch suchte — er fand nichts.

Was sollte er beginnenn? Das arme Bürschchen hilflos im Walde lassen, damit ein Marber, ein Sperber oder sonst ein Räuber ihn fresse? Das war dem guten Peter ganz unmöglich, und so saß er denn und sann, den Vogel immer noch in der Hand haltend, bis er endlich mit strahlendem Gesichte aufsprang: er hatte einen Ausweg gefunden.

Er setzte den Finken unter seinen Hut, dessen Krempe er der Sicherheit halber mit ein paar Steinen beschwerte. Dann lief er zur Wiese hinunter, deren Rand mit grünem Weidenbüsch bestanden war. Er wollte für seinen Gefangenen ein hübsches, kleines Bauer schnitzen — das Schnitzen war ja das einzige gewesen, das er vom Vater gelernt hatte. Er wollte den Kleinen da adoptieren — er, der Heimatlose den Heimatlosen. So viel würde schon abfallen von seiner unstillen Tafel, daß er ihn durchbringen würde bis zur Großjährigkeit.

Er suchte in der Tasche nach seinem Messer, um sich ein paar hübsche Kuten heraus zu schneiden, aber ach — es war weg, durch ein Loch in der Tasche geglitten. Was war da zu machen? Fatal! Doch halt, ein Gedanke! Er holte die Branntweinflasche heraus, betrachtete sie einen Augenblick nachdenklich, als ob er für immer von ihr Abschied nähme, und schlug sie dann langsam gegen einen Stein, daß sie klirrend in Scherben zerbarst.

Da hatte er nun Messer, so viel er wollte! Und eh' noch die Sonne zur Rüste gegangen, war das Vogelbauer fertig, ein unscheinbares kleines Ding, aber doch groß genug für sein Finkenhähnchen, das sich ganz behaglich in demselben vorkam. Er hatte sich bei der Arbeit ein paar Mal geschnitten, daß das Blut hervor quoll, doch was verschlug's? Es bereitete ihm eine so eigenartige, unbekannte Freude, für ein anderes Wesen zu sorgen, daß er um dieser Freude willen noch weit Schlimmeres ertragen hätte. Er war also doch nicht so ganz überflüssig auf dieser Welt, wie man ihm einzureden gesucht hatte! Was wäre denn aus dem hilflosen Hähnchen geworden, wenn er sich seiner nicht erbarmt hätte?

Er pflückte eine duftende Erdbeere und fing ein paar Mücken, die er dem hungrigen Vogel in den Schnabel stopfte. Dann nahm er das Bauer in die Hand und machte sich auf den Weg, um noch irgendwo unter einem Scheunendach oder in einem Heuhaufen ein Nachtlager zu finden. Und am Morgen ging's weiter, fort in die weite Welt, durch Wald und Flur, durch Dörfer und Flecken. Aber Arbeit war nirgends zu finden.

Eines Tages saß Peter mit seinem kleinen Knechtgenossen, in trübes Nachsinnen versunken, am Straßenrand. Wenn er doch irgendwo eine Arbeitsstätte hätte, noch so bescheiden, und eine Ecke zum Wohnen, in der er mit seinem „Billi“ — so hatte er den Kleinen genannt — hausen und nach Feterabend plaudern könnt! Er hat' nach gefragt, da und dort, diese ganze vierzehn Tage, aber überall hatten sie ihn kopfschüttelnd abgewiesen: Einen „Landstreichers“ könnten sie nicht brauchen.

„Arbeit! Arbeit! Wenn ich nur Arbeit hätte!“ so ging's ihm, wie der Endreim eines neuen Liebes, beständig durch den Sinn.

Drüben am Berghang lag ein kleines Dörfchen, mit hübschen, kleinen Häuschen. Da könnt's ihm schon gefallen! Sie schnitzten da Spielsachen, hieß es, für die Kaufleute in der großen Stadt,

die all den Erdbelkram waggonweise nach der ganzen Welt verschickten. Sollte da wirklich für ihn kein Schnitzisch zur Arbeit und kein Eckchen zum Wohnen und kein Plätzchen für seinen Billi vorhanden sein?

Sehnsüchtig ließ er seine Augen nach dem kleinen Gebirgsdorf hinüber schweifen, als plötzlich ein Wanderer auf der Landstraße daher kam, gerade auf ihn zu — ein rüstiger Mensch im blauen Kittel und dunklen Flauschhosen, mit lustig lachenden Augen und einer kalten Pfeife im Munde. Er blieb vor Peter stehen und bot ihm die Tagzeit.

„Hast kein Feuer, Bruder?“ fragte er lächelnd. Peter holte ein langes Schwefelholz mit roter Kuppe aus der Tasche hervor, strich damit an seiner Hose hin, wartete, bis der Schwefeldampf sich verzogen hatte und reichte das brennende Hölzchen dem Fremden. Der entzündete den Tabak in seiner hölzernen Pfeife, tat schmagend ein paar lange Züge und musterte dann ein Weilchen den Landstreicher.

„Arme Gegend hier, was?“ begann er darauf — „nichts 'raus zu holen, hm?“

Peter zuckte die Achseln, ohne etwas zu erwidern, und sah traurig zur Seite.

„Was hast denn unter dem Tuche da, hm?“ forschte der Blaukittel weiter, indem er nach dem Vogelbauer wies, das Peter bei seinem Herannahen rasch verdeckt hatte. Peter sah ihm einen Augenblick scharf ins Gesicht und zog dann das Tuch weg.

„Ei, schau doch, ein Buchfink!“ sagte der Andere, indem er neugierig näher trat.

Und er begann zu fragen und zu fragen und erfuhr bald Peter's ganze Geschichte. Es lag so etwas in seinem Wesen, etwas Menschliches, Teilnehmendes, daß der arme Landstreicher nicht umhin konnte, ihm Alles zu sagen. Sogar seine Papiere zog er aus dem Gute, um sie ihm zu zeigen.

„Und das Bauer da hast' mit Glasscherben geschnitzt, ganz ohne Messer?“ fragte der Blaukittel.

„Ganz ohne Messer — nur mit Glasscherben“, versetzte Peter.

„Na, dann komm' nur mit ins Dorf da drüben, kannst Arbeit bei uns haben“, meinte der Andere. „Hab' eben 'nen Auftrag gekriegt vom Kaufmann in der Stadt, einen großen Auftrag auf lauter hölzerne Vögel. Weil's grad' Erntezeit ist, so brauchen wir Hände.“

Peter wollte seinen Ohren nicht trauen — er sollte Arbeit bekommen, Arbeit und Brot, und ein Eckchen für sich und seinen Billi?

„Aber die Polizei“, warf er ängstlich ein — „der Dorfschulz und die Gendarmen!“

„Gendarmen kommen selten 'mal her“, sagte der Blaukittel gutmütig lächelnd, „der Dorfschulz aber — der bin ich selber.“

Ungläubig schaute der Peter ihn an — der freundliche Mensch da ein Dorfschulz? Das sollt' ihm sein Lebtag Niemand einreden.

„Glaub'ft wohl nicht, was?“ sprach der Andere. „Und doch ist's, wie ich sag': ich bin der Schulz von dem Dorf da. Vor'm Jahr noch, da wär's Dir wohl schlecht gegangen hier zu Land, da war ein anderer an meiner Stelle, der's mit Bütteln hielt und mit Knütteln. Jetzt aber sind wir obenauf, wir „Roten“, wie sie uns schimpfen. Arme Leut' sind wir alle miteinander, aber hell von Verstand und brav von Herzen. Wirft bei uns Menschenbrüder finden, die 'nen armen Kerl nicht verachten, weil er mal abgekommen ist von der gemeinen Straße des Lebens. Nimm Deinen Vogel und komm', und wenn der Gendarm nach Dir fragt, so sag' ich's mit gutem Gewissen: Er hat sein Papierzeug in Ordnung.“

Und Peter Wollmann hob seinen Billi auf, der lustig im Käfig zwitscherte, und schritt an des Schulzen Seite dem Dorfe zu. Köstlicher Sonnenschein lag rings über der herrlichen Landschaft, und Sonnenschein war auch in Peters glücklichem Herzen.

Versammlungsberichte etc.

h. Berlin II. Die letzte Versammlung war von 90 Mitgliedern besucht. Es wurden 5 Kolleginnen und 33 Kollegen in den Verband aufgenommen. Hierauf wurde ein beifällig aufgenommenen Vortrag über Fabian's Gesellschaftsdramen gehalten. Unter Verschiedenem teilt Freiesleben mit, daß binnen kurzem die Gewerbegerichtswahlen statt finden. Da wir hier keine Vertreter unseres Verbandes mehr haben, werden die Kollegen Freiesleben und Feller, als Ersatzmann Kollege Korn, gewählt, welche der Gewerkschaftskommission für diese Wahlen in Vorschlag gebracht werden sollen. Zum Schluß teilt der Delegierte zur Gewerkschaftskommission noch einiges aus den Verhandlungen, die Krankentafel-Frage betreffend, mit. Gleichzeitig bemerkt derselbe, daß es vorgekommen sei, daß er eine Sitzung der Gewerkschaftskommission nicht habe bewohnen können, da er anderweitig in Anspruch genommen war. Ein hierzu gestellter Antrag, einen Vertreter des Delegierten zu wählen, wird bis zur ordnungsmäßigen Wahl der Verwaltung zurück gestellt.

w. Oberlind-Sonneberg. Am 14. September wurde unsere letzte Monatsversammlung abgehalten, in welcher erfreulicher Weise die weiblichen Mitglieder stark vertreten waren. Der Delegierte Köhler I gab den Kartellbericht, bei dem unter andern bekannt gegeben wurde, daß der Bierkrieg das eine Gute für uns gehabt habe, daß sich eine Zahlstelle der organisierten freien Gastwirte in Sonneberg gebildet hat, welche auch dem Kartell beigetreten ist. — Nachdem wurden als 2. Vorsitzender der Kollege Welscher, als Revisor Kollege Brandel, gewählt. Als Bibliothekar meldete sich Kollege Brandel freiwillig. Als Unterkassiererin für die Mädchen wurde Ida Heß gewählt. — Unter Verschiedenem richtete der Vorsitzende an die Kontrolleure für die Statistiken die Mahnung, selbige regelmäßig zu prüfen und in der Versammlung vor zu legen. Der Kollege Brandel ist der Ansicht, daß der Kontrolleur der betreffenden Branche die Statistiken behält. Dadurch verschwinde das unregelmäßige und fehlerhafte Ausfüllen. Dem wird zu gestimmt. Ueber einen organisierten Stanger wurde Beschwerde geführt, weil er einer unorganisierten Werpuzerin Arbeit liefert, während die organisierten Mädchen auf solche warten müssen, er versprach in Zukunft anders zu handeln. Betreffs Uebelstände, Kästen, bei den Druckern, wird vom Kollegen Brandel angeregt, für diese Branche eine Personalversammlung einzuberufen. Ferner wurde über die vielen und ungerechten Strafen, bei den Mädchen, diskutiert. Die anwesenden Mitglieder sind überzeugt, daß in den meisten Fällen der Strafzug deswegen unberechtigt gemacht werden konnte, weil die Mädchen nicht organisiert waren. Sie sollen fest zum Verbands halten, dann werden jederzeit die männlichen Mitglieder die Mädchen aufklären und wenn es gilt, für sie eintreten. Betreffs der Hausagitation wird den Mitgliedern bekannt gegeben, daß sie die Adressen der Unorganisierten dem Zahlstellencassierer angeben sollen.

k. Potschappel. Die am 15. September statt gefundene Zahlstellenversammlung war von 58 Mitgliedern besucht. Der für diesen Abend gewonnene Genosse Dr. Dunder erörterte in 1 1/2 stündigem Vortrage das Thema „Bewegung und Endziel“ in recht deutlichen und verständlichen Worten. Der Vortrag hatte den Erfolg, daß einige Neumeldungen entgegen genommen werden konnten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung referierte der Vorsitzende über die mit der Firma gehabte Unterredung betreffs Weiterzahlens des Lichtgeldes und teilte der Versammlung mit, daß die Firma vom 1. Januar 1907 das Lichtgeld in Wegfall kommen lassen werde. Aus der Debatte konnte man ersehen, daß jeder Kollege geglaubt hatte, daß das Lichtgeld verschwunden sei und so läßt man, anlässlich des Besprechens der Firma, das Lichtgeld vom 1. Januar 1907 in Wegfall kommen zu lassen, jede weitere Maßnahme bis dahin auf sich beruhen.

p. Rehau. Das am 15. September statt gefundene Stiftungsfest der hiesigen Zahlstelle verlief in allen seinen Punkten zur vollsten Zufriedenheit, trotzdem ein Teil der hiesigen Mitglieder dieses Arbeiterfest aus Interesselosigkeit nicht besuchte. Das Fest wurde mit einem Marsch und einem darauf folgenden Männerchor des Volksbildungsvereins, eröffnet. Ganz besonders gefielen die Konzertstücke der Kapelle Meinel in Rehau. Das Theaterstück „Zu alt“ wurde in vorteilhafter Weise aufgeführt und mit großer Anerkennung aufgenommen. Die Festrede, welche vom Zahlstellenvorsitzenden Ab. Bauer gehalten wurde, zeigte in deutlichen Worten, was uns zusammen geteilt hat, wie die gegenwärtige Zeit ist und legte den Mitgliedern ganz besonders ans Herz, dem Verbands treu zu bleiben und immer für ihn zu agitieren. Daß diese Worte gut verstanden wurden, zeigte der tosende Beifall.

Adressen-Nachtrag.

- Dresden.** Rff. D. Seebald wohnt vom 6. Oktober ab Dresden N., Rehefelderstr. 17 I.
- Hamburg.** Wf. Johannes Helm, Amandastr. 49 II — Rff. Josef Janotta, Susannenstr. 12 II — Kv. Heinrich Bühren, Jakobstr. 25 III, sämtlich Schildermaler.
- Schramberg.** Schf. Johannes Steinhäuser, Fmg., Bahnhofstr. 63 — Kv. Heinrich Hanel, Schleifer, Falkenstein 183 — Rff. Hermann Helmecke, Ml., Falkenstein 96.

Versammlungskalender.

- Althaldensleben.** Abschluß am 21. Oktober. Alle Bibliotheksbücher bis zum 25. Oktober abgeben.
- Arzberg.** Sonntag, 7. Oktober, nachm. 1/2 8 Uhr, bei Frau Hollerung. Sämtliche Bibliotheksbücher mit bringen.
- Bonn-West.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Maier.
- Charlottenburg.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rossenstraße 3. Vortrag über „Partei und Gewerkschaft“ nach Genossen Flemming.
- Döbeln.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 Uhr, Schmidts Restaurant. Lohnstatistiken mit bringen.
- Elberfeld.** Sonnabend, 6. Oktober, 9 Uhr, im Volkshaus.
- Fürstenberg a. O.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Paul Schleicher. Lohnstatistiken mit bringen.
- Friedrichshagen.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Schnorre, Seestraße 36.
- Gotha.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, in der Erholung.
- Gräfenhain.** Sonntag, 7. Oktober, im Gasthof zum Steiger.
- Hermisdorf.** Sonnabend, 6. Oktober.
- Ilmenau.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, zur „Rosenau“. Die mit der Agitation betrauten Genossen werden aufgefordert, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen und Bericht zu erstatten.
- Kahla.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 Uhr, im „Hör. Hof“ in Döblich.
- Köppelsdorf.** Montag, 8. Oktober, 7 Uhr, bei Karl Schubert. Bibliotheksbücher umtauschen.
- Meissen.** Nach Beschluß der Versammlung vom 1. September ist das Versammlungslokal vom „Turmhaus“ nach dem „Kammerhaus“ Wilsdrufferstraße verlegt worden woselbst die erste Versammlung Sonnabend, 6. Oktober, statt findet.
- Mitterteich.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 Uhr, im „Bayr. Hof“.

- Neustadt bei Coburg.** Sonnabend, 6. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Franzl „Goldene Aue“.
- Nürnberg.** Sonntag, 14. Oktober, Rekruten-Abschiedsfester im Magdorteller (Webersplatz).
- Pössaok.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Rehau.** Sonnabend, 6. Oktober, 1/2 8 Uhr, im Saalzimmer der „Zentralhalle“. Abschluß am 14. Oktober.
- Rheinsberg.** Sonnabend, 6. Oktober. Lohnstatistiken mit bringen.
- Ruhland.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Kaiser“.
- Schirnding.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 Uhr, bei Fritz Kaiser. Bibliotheksbücher mit bringen.
- Schwarzenbach a. S.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 Uhr, bei Erh. Köppel.
- Spandau.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 Uhr, im Vereinslokal, Michelsdorferstraße 5.
- Stadtilm.** Sonnabend, 6. Oktober, im Schießhaus. Gauletter Hoffmann ist anwesend. Unorganisierte sind hierzu ganz besonders eingeladen.
- Staffel.** Sonntag, 7. Oktober, nachm. 2 Uhr, bei Herrn Gastwirt Wolf. Lohnstatistiken mit bringen.
- Tiefenfurt.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 Uhr, im Vereinslokal.
- Tirschenreuth.** Sonnabend, 6. Oktober.
- Vegesack.** Sonntag, 7. Oktober, nachmittags 8 Uhr, im Vereinslokal W. Oberbeck, Buchstr. 8. Mitgliedsbücher mit bringen.
- Waldsassen.** Sonntag, 7. Oktober, nachm. 2 Uhr.
- Weißwasser.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Café Zentel. Lohnstatistiken mit bringen.
- Wittenberg.** Sonnabend, 6. Oktober, 8 Uhr, im Vereinslokal R. Rötger.
- Zell.** Sonntag, 7. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Vereinslokal „Bad. Hof“. Statistiken vorzeigen.

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Schiffe muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

Maler, tüchtig in Beleuchtungsartikeln, sowie auf Bier-service, Becher und Seidel sucht baldigst Stellung. Gefl. Offerten unter M. G. erbeten.

Glasgraveur, geübt in allen Fächern, sucht Stellung als an R. John, Rückers in Schlessen, bei Ruprecht.

Terracottamaler, in modernsten Antique- und Platina- sucht baldigst Stellung. Gefl. Offerten unter „1906 G. S.“ erbeten.

ANZEIGEN.

Berlin II u. III. Öffentliche Versammlung. Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelufer 15. Thema: Die heutige Gesellschaft und ihre Entwicklung. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Verwaltungen.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 30 Pfennige. Vorausbezahlung ist Bedingung.

Goldschmied, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm** in Thüringen

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Sneyfenaust. 6.**

Goldschmied, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Staubgold * Goldwatte * Glanzgold und alle in der Vergoldung vorkommenden **Abfälle** kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

Goldschmied u. alle goldhaltig. Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterwehstr. 18.**

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplantz b. Zwickau in Sachsen.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Rossenstr. 3. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.